



## Kreismitgliederversammlung DKP München 27. Oktober 2007

### Beschluss zur Kommunalwahl 2008

Die Kreisorganisation der DKP München unterstützt im Kommunalwahlkampf 2008 die Liste der Partei „Die Linke,“. Sie schlägt für die Liste der Partei „Die Linke,“ zur Stadtratswahl die Genossen Claus Schreer, Walter Listl und die Genossin Sonja Schmid vor. Auch für die Bezirksausschüsse haben sich Genossinnen und Genossen bereit erklärt zu kandidieren.

Die Schwerpunkte unserer Wahlkampfmaterialien werden sein:

1. gegen die Finanznot der Kommunen
2. gegen jegliche Privatisierung, Verteidigung des kommunalen Eigentums, keine Ausgliederung aus städtischen Betrieben, die zur Verstärkung des Niedriglohnsektors, zu Löhnen von denen man nicht leben kann, führen
3. gegen steigende Mieten bei den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und für preisgünstigen Wohnraum

#### **1. Kommunen sind neben der Arbeits- und Produktionswelt die wichtigsten Lebens- und Tätigkeitsfelder der Menschen.**

Hier geht es um unmittelbare Lebenszusammenhänge und Interessen der Menschen. Die Befriedigung ihrer materiellen, körperlichen und intellektuellen Bedürfnisse nimmt in den Kommunen die konkreteste Form an. Jede kleine soziale, kulturelle und politische Veränderung in den Kommunen wirkt sich direkt auf die Lebensumstände der dort lebenden Menschen aus. So ist es neben dem Bereich der Produktion, des Betriebs, der Bereich der Reproduktion, der Kommune, wo sie den Klassegegensatz direkt spüren. Denn auch dort, wo sie wohnen, lernen, sich erholen, Sport treiben, Verkehrsmittel nutzen usw. erleben sie den Staat und können erkennen, wessen Interessen er vertritt.

Die Steuermittel werden genau umgekehrt zu ihrer Bedeutung für die Menschen verteilt: den Hauptteil schlucken Bund und Länder, die für den Repressionsapparat des Staates zuständig sind, also Armee, Polizei, Justiz usw. Und da, wo die Menschen direkten Nutzen von den öffentlichen Mitteln haben, wo es um Schulen, Kindergärten, Sportplätze, Bibliotheken, Freizeitheime, öffentliche Verkehrsmittel sowie um die Strom-, Gas- und Wasserversorgung geht, da geht der geringste Teil der Steuern hin. Seit Jahren wird dort gekürzt. Der Bund beteiligt sich an der Finanzierung der Aufgaben der Kommunen kaum mehr und weist ihnen gleichzeitig immer mehr Aufgaben zu. Die Bundespolitik untergräbt zusehends die kommunalen Einnahmen, deren Steuern und Gebühren. Insbesondere die Gewerbesteuer können die Großbetriebe bis zur Unkenntlichkeit reduzieren.

Das Ausbluten der Städte und Gemeinden wird auch deshalb forciert, um dem Kapital das kommunale Eigentum als billige Beute in die Arme zu treiben. Der Verlust oder die Verteuerung der kommunalen Angebote berührt die Qualität des Lebensumfelds der Menschen stark.

Somit liegt die Ursache der Finanznot der Kommunen zwar außerhalb ihres Einflusses, aber trotzdem muss das im Wahlkampf thematisiert werden, denn es sind die gleichen Parteien, die diese Entwicklung beklagen und die im Bund dafür verantwortlich sind.

Die Finanznot darf natürlich kein Sachzwangargument bei Sparorgien werden. Hier müssen wir auf die Prestigeobjekte auch und gerade in München verweisen, für die immer Geld vorhanden ist sowie auf die Liebedienerei gegenüber der Industrie, die mit Verkehrsanschlüssen, billigen Grundstücken usw. immer gut versorgt wurde.

**2. Die Stadt München** ist aufgrund ihrer relativ guten finanziellen Situation noch nicht gezwungen, Wohnungen zu verkaufen, Sportstätten, Freizeitheime und Schwimmbäder zu schließen. Lediglich bei den Stadtbibliotheken hat sie deren Anzahl reduziert und Schwerpunktbibliotheken propagiert und geschaffen, was zu einer Einschränkung der wohnortnahen Versorgung kam, was gerade für ältere Menschen und Kinder von Bedeutung ist.

Die kommunalen Betriebe sind zwar nicht privatisiert worden, aber sie sind alle längst privatrechtlich organisiert, d.h. sie sollen Gewinne erwirtschaften. Das geschah durch erhebliche Reduzierung des Personals, was auch weiter geplant ist. Nur am heftigen Widerstand der Klinikbelegschaften scheiterte bisher die Ausgründung von Reinigung, Küche, Hausdienst und Textilservice in einer Krankenhaus-Service GmbH mit Dumping-Löhnen. Gegen diese Ausgründungen müssen die Belegschaften unterstützt und muss weiter Stimmung gemacht werden. Das ist auch ein Kampf gegen den Niedriglohnssektor.

Trotz aller Rationalisierungen droht den Stadtwerken Gefahr durch die großen Energiekonzerne und jetzt zusätzlich durch eine neue EU-Gesetzgebung. Die EU-Kommission plant die Trennung von Energieerzeugung und Netzen, was den Bestand der Stadtwerke gefährdet. Auch der ÖPNV und die Wasserversorgung sind durch weitere Liberalisierungs- und Deregulierungsbestrebungen der EU in Gefahr.

Der Stadt ist ohne großes Aufsehen in das Gebiet der PPP-Projekte eingestiegen, so bei der neuen Schule an der Panzerwiese und beim zentralen Busbahnhof, der gerade gebaut wird. Obwohl längst bekannt ist, dass PPP-Projekte langfristig die Städte finanziell nicht entlasten, ganz im Gegenteil, setzt nun auch die Stadt München auf diese Form der Finanzierung. Spektakulär verkündet sie, sie werde Schulden abbauen, und gleichzeitig sorgt sie für eine langfristige Schwächung der Finanzen.

Es geht um die Verteidigung des städtischen Eigentums, um die Verhinderung von Privatisierungen und PPP-Projekten (Public-Private-Partnership) und um den Schutz der Beschäftigten vor Ausgliederungen und Niedriglöhnen.

3. Dass die Stadt sich von einer sozialen **Wohnungspolitik** verabschiedet hat, ist leider viel zu wenig bekannt. Die Presse hat es kaum thematisiert, dass bei den Wohnungen, die im städtischen Besitz sind, die „sozialen Mietobergrenzen“ von 6,25 bis 6,75 beseitigt wurden. Bei 30 000 Wohnungen, die nicht (mehr) der Sozialbindung unterliegen, gibt es so lange Mieterhöhungen, bis die Mietspiegelmiete erreicht ist. Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften sollen eine jährliche Rendite von 6% an die Stadt abführen. Die Folge wird sein, dass die Stadt in absehbarer Zeit keine preisgünstigen Wohnungen mehr hat, was auch für die Bezieher von Hartz IV negative Auswirkungen haben wird. Die Stadt wird jeglichen Einfluss auf den Mietspiegel verlieren. Und da die städtischen Gesellschaften ihre Rendite abführen müssen, gefährdet das natürlich auch den sozialen Wohnungsbau.

Bei diesen Themen werden wir auf den Klassengegensatz, die Eigentumsfrage und die Begrenztheit von Reformen hinweisen. Unsere Aufgabe ist es nicht, Stellvertreter zu sein, sondern die Menschen aufzufordern, sich zu organisieren und sich für ihre Interessen einzusetzen. Das ist langfristig die einzige Chance für die Lösung der Widersprüche und bedeutet Orientierung auf einen Weg, der zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung führen kann. Deshalb reicht auch nicht das „rote Schwänzchen“ bei reformistischen Vorschlägen. Die Darstellung selbst muss dahin führen, dass Revolution und Sozialismus als notwendig begriffen werden. Das werden uns die Menschen aber nur abnehmen, wenn wir umgekehrt mit ihnen für die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse kämpfen. Wir können in einer entpolitisierten Bevölkerung nur dann Vertrauen schaffen, wenn wir uns der Anliegen der Menschen annehmen und versuchen, kleine Bewegungen dafür zu entfalten, bei denen die Menschen ihr Ohnmachtsgefühl ansatzweise verlieren.

Nur durch eine gesellschaftliche Praxis werden wir auch in der marxistischen Theorie weiter kommen. Wir sollten versuchen, besser zu verstehen, wie der politische Prozess bei uns funktioniert und wie wir im Interesse der arbeitenden Menschen in diesen Prozess eingreifen können.